Datum: 24.09.2017 [16:56:57 CEST]

Von: Christoph Jessen <sprecher@fehmarnbelt-dialogforum.de>

An: sts-b@bmvi.bund.de

Betreff: Fwd: Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

wir hatten letzten Freitag anlässlich der Preisverleihung des BSVI Gelegenheit, kurz über die Arbeit des Dialogforums Feste Fehmarnbeltquerung zu sprechen.

Die Feste Fehmarnbeltquerung ist Teil des TEN Korridors Skandinavien - Mittelmeer und gehört zu den prioritären europäischen Verkehrsprojekten. Auf Grundlage eines Staatsvertrages sollen zwischen Kopenhagen und Lübeck eine Hochgeschwindigkeits-Schienentrasse entstehen, die Autobahn ausgebaut werden und ein 18 km langer kombinierter Straßen/Schienen-Tunnel Deutschland mit Dänemark verbinden. Nord- und Südeuropa wachsen zusammen, die Region Ostholstein wird belastet.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung unser Dialogforum initiiert. Dort sind an einer Art rundem Tisch alle von Tunnel und seinen Hinterlandanbindungen betroffenen Interessen vertreten, also Gegner wie Befürworter und Skeptiker. In unserer nunmehr 6-jährigen Arbeit ist es gelungen, auch die Gegner mit in die konkrete Projektarbeit einzubeziehen, ohne dass sie ihre Vorbehalte hätten aufgeben müssen.

Im Vordergrund unserer Arbeit steht derzeit die Schienenplanung, insbesondere der Schallschutz. Ziel ist es, in Ausfüllung des Bundestagsbeschlusses vom Januar 2016 (Bt Drs 18/7365) wo erforderlich einen über das gesetzlich vorgesehene Maß hinausgehenden Schutz zu erreichen.

Wir haben bereits in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen, Verbänden und Bürgerinitiativen in Ostholstein und Lübeck einen Forderungskatalog zur verträglicheren Umsetzung der Schienenanbindung erstellt. Gegenwärtig erarbeiten wir in enger Zusammenarbeit mit der DB eine Matrix, die den gesetzlich vorgeschriebenen Schutz den Forderungen und Vorschlägen der Betroffenen gegenüberstellt. Beide Varianten werden kostenmäßig beziffert, damit der Bundestag sich im Fall seiner Befassung ein vollständiges Bild machen kann. Wir hoffen und erwarten dabei, dass unsere Forderungen und Vorschläge soweit wie irgend möglich als gesetzlich geschuldete Maßnahmen eingestuft werden, damit der Bundestag nur in dem wirklich erforderlichen Rahmen befasst wird.

In diesem Prozess sind wir auf die Hilfe und Unterstützung Ihres Hauses angewiesen. Dies gilt für Entscheidungsvorbereitung wie Entscheidungsfindung und Finanzierung. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website www.fehmarnbelt-dialogforum.de. Sie können mich aber jederzeit auch gerne persönlich ansprechen.

Mit vielem Dank für Ihr Interesse verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Christoph Jessen

Dr. Christoph Jessen Botschafter a.D. Sprecher des Dialogforums Geschäftstelle: Hamburger Landstrasse 101 D24113 Kiel - Molfsee Tel: +49 431 9838418

e-mail: sprecher@fehmarnbelt-dialogforum.de website: www.fehmarnbelt-dialogforum.de



Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

Herrn
Dr. Christoph Jessen
Botschafter a.D.
Sprecher des Dialogforums Feste
Fehmarnbeltquerung
Hamburger Landstr. 101
24113 Kiel-Molfsee

Betreff: ABS/NBS Hamburg - Lübeck - Puttgarden

Bezug: Ihre E-Mail vom 24.09.2017 Aktenzeichen: LA 17/519.4/301 Datum: Berlin, 26.40. 2017

Seite 1 von 1

Sehr geehrter Herr Jessen,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 24.09.2017.

Die schienenseitige Anbindung der Festen Fehmarnbeltquerung (FBQ) ist für die Bundesregierung ein prioritäres Vorhaben. Die Bundesrepublik Deutschland steht zu dem am 03.09.2008 geschlossenen Staatsvertrag mit dem dänischen Königreich, die erforderliche Hinterlandanbindung zur FBQ für Straße und Schiene zu realisieren. Die Planung der DB Netz AG ist bereits weit fortgeschritten. Derzeit werden die Antragsunterlagen für die planrechtlichen Verfahren vorbereitet.

Ich habe Ihre E-Mail vor diesem Hintergrund an meinen für dieses Projekt zuständigen Kollegen, Herrn Staatssekretär Michael Odenwald, weitergegeben. Dieser wird Ihnen hinsichtlich des weiteren Verfahrens in Kürze ausführlich antworten.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Bomba

Rainer Bomba

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Invalidenstraße 44 10115 Berlin

POSTANSCHRIFT 11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2150 FAX +49 (0)30 18-300-2169

sts-b@bmvi.bund.de www.bmvi.de





Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

Herrn
Dr. Christoph Jessen
Botschafter a.D.
Sprecher des Dialogforums Feste
Fehmarnbeltquerung
Hamburger Landstr. 101
24113 Kiel-Molfsee

Betreff: ABS/NBS Hamburg - Lübeck - Puttgarden

Bezug: Ihre E-Mail vom 24.09.2017 Aktenzeichen: LA 17/519.4/301 Datum: Berlin, 30. 10. 2019

Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Jessen,

wie Ihnen mein Kollege, Herr Staatssekretär Rainer Bomba, bereits mitgeteilt hat, steht die Bundesregierung zu dem am 03.09.2008 geschlossenen Staatsvertrag mit dem dänischen Königreich, die erforderliche Hinterlandanbindung zur Festen Fehmarnhinterlandanbindung (FBQ) für Straße und Schiene zu realisieren. Er hat mich zuständigkeitshalber gebeten, Ihnen das dafür vorgesehene weitere Verfahren zu erläutern.

Um die Voraussetzungen für die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur "Menschen- und umweltgerechten Realisierung europäischer Schienennetze" (BT-Drs. 18/7365) zu schaffen, haben die Bundesregierung und die Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes in der am 25.07.2017 abgeschlossenen Bedarfsplanumsetzungsvereinbarung vereinbart, nach Abschluss der Vorplanung von Bedarfsplanvorhaben für Bundesschienenwege dem Deutschen Bundestag über die vom Vorhabenträger vorgesehene Vorzugsvariante und die Ergebnisse der frühen Bürgerbeteiligung gem. § 25 Abs. 3 VwVfG zu berichten.

Bei der schienenseitigen Anbindung der Fehmarnbeltquerung handelt es sich allerdings um ein Projekt im Übergang, in dem die Planung schon über die Vorentwurfsplanung hinausgegangen ist. Für solche Projekte wird aufgrund von wirtschaftlichen und zeitlichen Erwägungen (Verfall von Planungsleistungen, zeitgerechte Umsetzung) eine nachträgliche Bundestagsunterrichtung im Einzelfall geprüft.

Derzeit erstellt die DB Netz AG bereits die Entwurfs- und Genehmigungsplanung und muss spätestens Anfang 2018 die Planfeststellung

Michael Odenwald

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Invalidenstraße 44 10115 Berlin

POSTANSCHRIFT 11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2200 FAX +49 (0)30 18-300-2219

sts-o@bmvi.bund.de www.bmvi.de





Seite 2 von 2

beantragen, da ansonsten Unterlagen verfallen und durch den Planungsverzug das Risiko besteht, die im Staatsvertrag enthaltene Zusage einer zeitgleichen Inbetriebnahme mit der FBQ nicht einhalten zu können. Dies ist auch dem langen Raumordnungsverfahren geschuldet, in dem ein Großteil der Forderungen der Region nach einer auch für die Menschen und den Tourismus verträglichen Trassenführung trotz erheblicher Mehrkosten bereits berücksichtigt werden konnten.

Trotz dieser fortgeschrittenen Planung soll eine Bundestagsunterrichtung erfolgen, hier aber nicht wie im Regelverfahren vorgesehen vor Beginn der Planfeststellungsverfahren (PFV), sondern vor dem Hintergrund des Planungsstandes ausnahmsweise parallel zum PFV. Dieses mit der DB abgestimmte Vorgehen ermöglicht auch die Darstellung der in den letzten Jahren im Dialogforum über die Frage der Trassenführung hinausgehenden Forderungen der Region insbesondere zum Lärmschutz unter Einhaltung der terminlichen Randbedingungen im Projekt.

Sollte der Deutsche Bundestag zu dem Projekt Änderungen per Entschließungsantrag verlangen, so können diese nach Aussage des Vorhabenträgers im Zuge einer zweiten Auslegung in das Verfahren eingebacht werden. Gleichzeitig können alle sonstigen Belange, die einer Abwägung im PFV unterliegen, ohne Unterbrechung bearbeitet werden.

Wichtig für die Entscheidungsvorbereitung ist die Entwicklung von Kernforderungen aus der Vielzahl von Einzelforderungen. Dies ist meines Erachtens Aufgabe des Dialogforums.

Die Bewertung, welche Forderungen im Sinne der gesetzlichen Vorgaben erforderlich und welche "übergesetzlich" sind, erfolgt durch die DB Netz AG in Abstimmung mit dem Eisenbahn-Bundesamt und meinem Haus.

Ich bin überzeugt, dass mit der transparenten Unterrichtung des Gesetzgebers zur wirtschaftlichen und gesetzlich begründeten Vorzugsvariante und der erfolgten Bürgerbeteiligung parallel zum PFV ein gutes Verfahren für dieses wichtige Vorhaben gefunden wurde, da die Belange der Region im Zuge der Bundestagsunterrichtung angemessen berücksichtigt werden können, ohne die zeitgerechte Umsetzung des Vorhabens zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen

